

An Herrn Emmanuel Macron, Staatspräsident Frankreichs
An Herrn Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates
An Herrn Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments
An Herrn Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission
An Herrn Alain Berset, Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Antrag gegen die Fachmesse EUROSATORY

Wir, die mennonitischen Christen Frankreichs und Europas, vom 10. bis 13. Mai 2018 aus Anlass der Mennonitischen Europäischen Regionalkonferenz (MERK) in Montbéliard (F) versammelt, möchten mit diesem Schreiben unseren Unmut und unseren schärfsten Protest gegen die internationale Fachmesse für Verteidigung und Sicherheit „Eurosatory“ zum Ausdruck bringen, die in Paris vom 11. bis 15. Juni stattfinden wird.

Wir fordern, dass die Instanzen, die Sie vertreten, eine eingehende Betrachtung zur Ethik der industriellen Herstellung, des Handels und des Vertriebs von Waffen in Frankreich, in der Schweiz und der Europäischen Union durchführen. In der Tat, sind aus ethischer Sicht, der Verkauf und die Lieferung von Waffen, sowie der Einsatz und die Benutzung verkaufter Waffen, nicht mit den grundlegenden Menschenrechten verträglich.

Wir glauben nicht, dass Waffenhandel langfristig zur internationalen Sicherheit beiträgt. Er erzeugt eher ein Aufrüstungswettrennen, das zu einem gegenseitigen Überbieten und zu zunehmender Unsicherheit führt: ansteigende Militärausgaben, und gleichzeitig eine Abnahme der Zuwendungen für Entwicklungsprojekte, die Zahl der getöteten Zivilpersonen ist höher als die der Soldaten. Langfristige Sicherheit beruht im Gegenteil auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und Rechtmäßigkeit, sowohl auf der nationalen wie internationalen Ebene. In diesem Zusammenhang ist der Name der Messe „für Verteidigung und Sicherheit“ mehr als irreführend.

Wir widersetzen uns der Auffassung, dass die Waffenindustrie zur *Schaffung von Arbeitsplätzen* und Wohlstand nötig sei. Im Gegenteil, sie entspricht vor allem dem politischen Willen der höchsten Staatsvertreter, die die militärischen Institutionen mit höchster Priorität behandeln, wie es auch in den staatlichen Subventionen zum Ausdruck kommt. Unsererseits unterstützen wir die Idee, dass die staatlichen Investitionen anderen Zielen zugutekommen sollten.

Als Mennoniten sind wir von Grund auf *gegen den Krieg* und gegen alles, was ihn in irgendeiner Form vorbereitet – im Unterschied zu polizeilichen Kräften, die wir befürworten. Um Konflikte zu lösen, glauben wir, dass man andere Mittel einsetzen muss als solche, die aus dem Gesetz des Stärkeren erwachsen, und dass man der Lebensweisheit „Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor“ widerstehen muss. Die Christen in allen Ländern der Welt sind sich einig: Der Kampf, den es sich zu führen lohnt, hat nichts mit Waffen und anderen Zerstörungsinstrumenten zu tun.

Zu dem Protest, den dieser Antrag zum Ausdruck bringt, fügen wir unsere *Unterstützung bei* für die Hersteller von Minenräumgeräten, unsere finanzielle Unterstützung für die Bevölkerungen, die vom Krieg und seinen schrecklichen Folgen in den verschiedensten Orten der Erde betroffen sind, unsere Teilnahme an der Aufnahme von Flüchtlingen, unseren Willen, die gewaltlose Lösung von Konflikten und die Erziehung zum Frieden zu fördern.

Anstatt die Entwicklung des Waffenhandels zu unterstützen (Beispiel Eurosatory), ersuchen wir Frankreich und die europäischen Länder, eine menschlichere und gerechtere Zukunft zu ersinnen und zu gestalten.

Zu Montbéliard, Frankreich, 13. Mai 2018

Die Verantwortlichen der Mennonitischen Gemeinden in Europa

Frankreich

Schweiz

Deutschland

Spanien

Niederlande

Portugal